



Konsumenten- stimme

Fakten, Zahlen und Hintergründe
Nummer 3/2022

[comparis.ch](https://www.comparis.ch)

Editorial



Felix Schneuwly
Head of Public Affairs
comparis.ch

Vielen Konsumentinnen und Konsumenten bereitet die Teuerung zunehmend Sorgen. Und wenn sich in der Bevölkerung Unbehagen bemerkbar macht, will die Politik etwas dagegen tun. Weil nicht alle Regulierungsvorschläge mehr nützen als schaden, widmet sich diese Ausgabe der Konsumentenstimme erneut dem Thema Inflation.

Warum politische Eingriffe in die freie Preisbildung oft mehr unerwünschte Nebenwirkungen als erwünschte Wirkungen erzeugen, legt Mark Schelker, Professor für politische Ökonomie an der Uni Freiburg/Fribourg. → [Seite 3](#)

Sarah Wyss, SP-Nationalrätin Basel-Stadt, legt dar, warum es richtig ist, gerade jetzt mehr Versicherte als bisher mit Verbilligungen der Grundversicherungsprämien zu entlasten. Hätten alle Kantone ihre Verantwortung gemäss Krankenversicherungsgesetz wahrgenommen, wäre sowohl die 10%-Initiative der SP als auch der indirekte bundesrätliche Vorschlag mehrheitsfähig. → [Seite 4](#)

Pius Gyger, Ökonom und Kenner des Kartellrechts, widmet sich der Rolle des Preisüberwachers. Gyger kommt zum Schluss, dass Monsieur Prix selbst dort, wo der Wettbewerb spielt, rascher gegen volatile sowie ungerechtfertigt hohe Preise vorgehen kann als die Wettbewerbskommission und seine Präsenz auch präventiv gegen Preisexzesse wirkt. Die einzelnen Interventionen des Preisüberwachers dämpfen die Teuerung aber insgesamt nicht signifikant. → [Seite 5](#)

Michael Kuhn, Leiter Research, erklärt, warum Comparis zusammen mit der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich zusätzlich zum Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) monatlich einen Konsumentenpreisindex publiziert, der die häufig konsumierten und preisvolatileren Güter und Dienstleistungen mehr gewichtet als der LIK. → [Seite 7](#)

Wir hoffen mit diesen Beiträgen einen ordnungspolitischen Kompass für die vielen Regulierungsvorschläge gegen die Teuerung zu liefern, denn primär ist die Schweizerische Nationalbank für die Preisstabilität zuständig. Und sie macht ihre Arbeit besser als die Notenbanken unserer Nachbarländer.



Staatliche Eingriffe in die freie Preisbildung



Mark Schelker
Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Freiburg

Die Preisentwicklung ist Dauerthema in der Schweiz. Entweder weil das allgemeine Preisniveau viel höher als im europäischen Umland («Hochpreisinsel») ist, oder weil neuerdings die Preisstabilität ins Wanken gerät. Braucht es staatliche Eingriffe in die Preisbildung?

Die im Juni in der Schweiz gemessene Inflationsrate von 3,4 Prozent ist sowohl im Vergleich zu den 8,6 Prozent im Euro-Raum als auch zu den 9,1 Prozent in den USA moderat. Die Schweiz hat im Vergleich zu anderen Ländern überdurchschnittlich viele staatlich administrierte oder regulierte Preise. Sind sie das Geheimnis der vergleichsweise moderaten Inflation? Wären also Preiskontrollen ein einfaches und probates Mittel zur Inflationsbekämpfung?

Leider sind staatliche Eingriffe in die Preisbildung grundsätzlich problematisch, mit oder ohne Inflation. Preise sind ein Symptom. Sie entstehen im Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage. Wenn angebotsseitige Engpässe (wie momentan durch pandemiebedingte Lieferkettenprobleme, Energie- und Getreideverknappung durch Ukraine-Krieg etc.) in gewissen Sektoren auf eine stimulierte globale Nachfrage treffen (nachholender Konsum nach Pandemie, staatliche Stimuli etc.), hilft der Preismechanismus, Angebot und Nachfrage der betroffenen Güter einander anzugleichen. Die bei einem Nachfrageüberhang natürlich resultierenden Preiserhöhungen geben einerseits Anreize, die Produktion auszudehnen, und lassen andererseits die Nachfrage sinken. Zudem werden verwandte Güter relativ attraktiver und ein Umsteigen wird wahrscheinlicher. Diese Substitution zwischen Gütern ist ein zentraler Anpassungsmechanismus. Aktuell bieten die gestiegenen Gaspreise Anschauungsunterricht. Sie führen dazu, dass Unternehmen und Haushalte ihren Energiekonsum nach Möglichkeit reduzieren und nach anderen Energiequellen suchen. Dies reduziert die Nachfrage nach Gas und hilft, den Engpass zu verkleinern. Substitution braucht aber oft etwas Zeit. Es ist darum wichtig, dass Preissignale nicht behindert werden, damit sie frühzeitig ihre anpassende und koordinierende Wirkung entfalten können. Schon die Aussicht auf ein mögliches staatliches Eingreifen in die Preise kann notwendige Anpassungen verzögern.

Staatliche Preisregulierung hebt die koordinative Wirkung von Preisen aus, kreierte oder verschlimmert die Ungleichgewichte und führt dazu, dass sich die fundamentalen Kräfte anderweitig, oft kaskadenartig entladen (Mangelsituationen, Fehlversorgung, Probleme in Liefer- und Produktionsketten etc.). Derartige Dynamiken sind keine Marginalien oder «technische Details», sie führen zu grossen wirtschaftlichen und sozialen Kosten.

Natürlich sind vereinzelte Preiserhöhungen noch keine Inflation. Inflation ist das Phänomen allgemein steigender Preise. Daher müssten Preiskontrollen im Dienste der Inflationsbekämpfung Preise auf breiter Basis fixieren und kontrollieren. Es gibt aber fast unendlich viele Preis-/Mengen-/Qualitätskombinationen, die es konsequenterweise zu überwachen gälte. In der Vergangenheit erwiesen sich derartige Ansätze als ungeeignet.

Preisregulierungen, auch jene, die in einer inflationären Phase eingeführt werden, sind nur schwer wieder rückgängig zu machen. Wenn die Politik einmal Preise fixiert oder reguliert hat, verstetigen sich die Eingriffe und die daraus folgenden Ineffizienzen weit über die inflationäre Phase hinaus. Sie pervertieren die Allokationswirkung von Preisen und degradieren sie zum Spielball politischer Anliegen. Die sozialen Kosten derartiger Politik sind riesig.



Falls aus verteilungspolitischen Gründen einige Preissteigerungen nicht akzeptabel sind, ist es besser, das Verteilungsproblem sehr gezielt, transparent und direkt mit Transfers an die betroffenen Individuen anzugehen, anstatt die Preise (für alle) zu verzerren.

Zur Inflationsbekämpfung gibt es probate Instrumente der Geld- und Finanzpolitik. Preisregulierungen gehören nicht dazu.

Prämien fressen Haushaltsbudget



Sarah Wyss
Nationalrätin Basel-Stadt,
Vize-Präsidentin Finanzkommission

Die steigenden Prämien belasten Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen besonders stark. Zur Entlastung braucht es endlich Prämienverbilligungen, welche diesen Namen verdienen. Denn: Diese Entlastung fördert auch die Kaufkraft.

Die Gesundheitsausgaben stiegen alleine in den letzten 10 Jahren um 33 Prozent auf 83 Milliarden Franken an. Dies unter anderem wegen des medizinischen Fortschritts und der demographischen Entwicklung. Deutlich stärker als die gesamten Gesundheitskosten wuchs aber der mit den Grundversicherungsprämien bezahlte Kostenanteil, nämlich im gleichen Zeitraum um 39 Prozent. Der Anteil der Grundversicherungsprämien des Haushaltsbudgets von tiefen Einkommen stieg von 10 Prozent (2010) auf 14 Prozent (2020) – dies unter Berücksichtigung der Prämienverbilligungen. Und hier sind weitere Kosten bei Leistungsbezug wie Franchise, Selbstbehalt oder Leistungen ausserhalb des Leistungskatalogs noch gar nicht miteingerechnet. Bei den einkommensschwachen Haushalten variiert die Prämienbelastung je nach Kanton ebenfalls stark. So werden die Anspruchsberechtigungen kantonal unterschiedlich berechnet und auch der Anspruch darauf ist in den einzelnen Kantonen unterschiedlich. Die Prämienbelastung für Haushalte in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen, so belegt es eine Analyse aus dem Jahr 2017, ist seit 2014 weiter angestiegen. Bei den ärmsten 10 bis 20 Prozent bzw. 20 bis 30 Prozent deckt die Prämienverbilligung 15 bzw. 7 Prozent der Finanzierungslast.

« Wirtschaftlich schwächere Haushalte müssen flächendeckend besser entlastet werden. » Sarah Wyss

Zusätzlich zu den Mietzinsen, der Inflation und den nun auch steigenden Energiepreisen ächzen ökonomisch schwächere Haushalte unter dem Prämienanstieg. Denn diese Prämienkosten fallen unabhängig der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an.

Die Prämienverbilligung sollte – nebst der Anstrengung für kostendämpfende Massnahmen – Abhilfe schaffen. Doch anstatt diese steigende Prämienlast abzufedern, haben zahlreiche Kantone in den letzten Jahren auf dem Buckel der Prämienverbilligungen ihre Kantonsfinanzen saniert. Gerade erst im Januar 2019 wurde der Kanton Luzern vom Bundesgericht zurückgepfiffen und musste seine Entlastungsbeiträge bei Personen mittleren Einkommens erhöhen. Nun ist es an der Zeit, dass die Politik tragfähige Lösungen für die Finanzierung des Gesundheitswesens findet.



Mit dem Vorschlag der SP-Prämientlastungsinitiative soll die Kopfprämie maximal 10 Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen. Davon profitieren untere wie auch mittlere Einkommen. Der Gegenvorschlag des Nationalrates vom Juni 2022 schwächt die Initiative zwar ab, aber nimmt die Kantone in die Pflicht und erhöht die Prämienverbilligungen substantziell. Sollte der Ständerat diesem minimalen Gegenvorschlag nicht folgen, werden wir sicherlich in Kürze über die Volksinitiative abstimmen.

Es ist aber auch Aufgabe der Politik, nicht nur eine flächendeckende Entlastung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu ermöglichen, sondern auch die Systemfehler anzugehen. Denn nur so können wir langfristig eine bezahlbare und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung für alle garantieren. Im Gesundheitswesen bringt mehr Wettbewerb weder eine bessere Qualität noch weniger Kosten – im Gegenteil. Der finanzielle Anreiz im heutigen Gesundheitswesen ist die Quantität der Leistungen und nicht die Qualität. Je mehr an Leistungen «verkauft» werden, desto mehr wird eingenommen. Dies führt unweigerlich zu einer Mengenausweitung, welche nicht bedarfsorientiert, sondern finanzgetrieben ist. Deshalb ist eine sinnvolle Regulierung im Sinne der Patientinnen und Patienten und der Konsumierenden – den Steuer- und Prämienzahlenden – unabdingbar.

Des Weiteren müssen die Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sinnvoll organisiert werden. Heute setzt beispielsweise der Bund die Preise der Medikamente fest, andere Vergütungen wie beispielsweise Tarife für Leistungserbringende oder planerische Regulatorien obliegen jedoch den Kantonen. Dieser föderale Flickenteppich und der Mix der Zuständigkeiten sind schädlich. Seit Langem werden deshalb Gesundheitsregionen gefordert, welche die Versorgungsräume repräsentieren und eine bedarfsgerechte Versorgung aller ermöglichen. Dies nützt nicht nur den Menschen, sondern vor allem auch ihrem Geldbeutel.

Inflation und Rolle des Preisüberwachers



Pius Gyger
Selbständiger Gesundheitsökonom

Der Preisüberwacher darf nur Einfluss auf Preise in Einzelmärkten nehmen, wo der Wettbewerb nicht spielt. Vor einer Intervention muss dies allerdings zuerst festgestellt werden. Eine generell makroökonomische Interventionsmöglichkeit gegen die Inflation hat er – im Gegensatz zur Nationalbank im Rahmen ihres Auftrages – nicht.

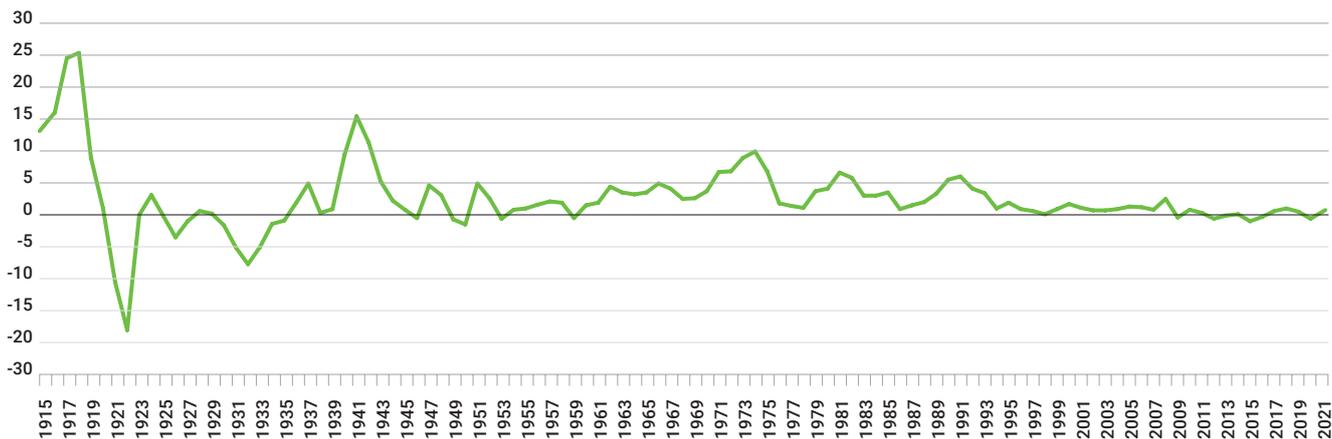
Ausgangslage

Vereinfacht dargestellt, haben uns drei wesentliche Faktoren in den jetzigen Zustand unserer Volkswirtschaft geführt. Eine einmalig lange Phase expansiver Geldpolitik mit Negativzinsen, negative Angebots- und Nachfrageschocks im Zuge der Pandemie und durch Kriege hervorgerufene erneute Schocks. Trotz dieser Wirrungen ist die inländische Nachfrage auf hohem Niveau geblieben. Allerdings nicht ganz ohne Auswirkungen auf die Inflationsrate. Gemessen am Landesindex der Konsumentenpreise ist sie in der Schweiz mittlerweile auf über 3 Prozent gestiegen. Wie folgende Grafik zeigt, ist ein solcher Wert im langfristigen Vergleich zwar nicht auffallend hoch. Verständlicherweise wird trotzdem – insbesondere auch, weil in den meisten westlichen Ländern die Preise viel stärker ansteigen – von verschiedenen Seiten Alarm geschlagen.



Landesindex der Konsumentenpreise

Veränderungen gegenüber Vorjahr (in Prozent)



Quelle: BFS – Landesindex der Konsumentenpreis

Nicht zuletzt werden Stimmen laut, welche im Zusammenhang mit der Preisentwicklung eine Stärkung der Rolle des Preisüberwachers fordern. Ist das notwendig?

Aufgaben des Preisüberwachers

Der Preisüberwacher beobachtet die Preisentwicklungen. Er verhindert oder beseitigt die missbräuchliche Erhöhung und Beibehaltung von Preisen. Vorbehalten bleibt die Überwachung bestimmter Preise durch andere Behörden. Er orientiert die Öffentlichkeit über seine Tätigkeit. Preismissbrauch im Sinne des Preisüberwachungsgesetzes kann nur vorliegen, wenn die Preise auf dem betreffenden Markt nicht das Ergebnis wirksamen Wettbewerbs sind. Es muss demnach entweder geprüft werden, ob wirksamer Wettbewerb durch Wettbewerbsabreden oder marktbeherrschende Unternehmen verhindert wird. Das ist Aufgabe der Wettbewerbskommission. Oder aber es handelt sich um staatlich regulierte Preise.

Auswirkungen seiner Tätigkeit auf die Inflationsrate

Weil der Preisüberwacher nur Einfluss auf Preise in Einzelmärkten nehmen darf, wo der Wettbewerb nicht spielt, hat er generell keine makroökonomische Interventionsmöglichkeit gegen die Inflation. Das ist der Auftrag der Nationalbank.

Beispielhaft seien die Preise auf den Energiemärkten genannt. In seiner Jahresbilanz 2021 wies der Preisüberwacher auf die sehr stark gestiegenen Gaspreise hin. Als Folge davon hat er ab Herbst 2021 mehrere Abklärungen zu Preiserhöhungen eröffnet, die die Gasunternehmen mit den gestiegenen Kosten für die Erdgasbeschaffung begründeten. Diese Abklärungen dauern an. Dass die Bezugspreise im Zuge des verknappten Angebotes gestiegen sind, kann auch der Preisüberwacher nicht verhindern.

Allerdings ist es möglich, dass sich die Unternehmen diese Situation zunutze zu machen versuchen und auch gleich höhere Margen durchsetzen. Das ist mittelfristig allerdings nur dann möglich, wenn die Wettbewerbsmechanismen nicht funktionieren. Auf privaten Märkten ist die Wettbewerbskommission für eine entsprechende Feststellung zuständig. Die entsprechenden Verfahren sind zeitraubend.



« Gerade bei sehr volatilen Märkten könnte es sein, dass kurzfristige und nicht mit betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu rechtfertigende Margengewinne realisiert werden. » Pius Gyger

Und trotzdem ist die Tätigkeit des Preisüberwachers nicht ganz unnützlich. Gerade bei sehr volatilen Märkten könnte es sein, dass trotz des Kartellgesetzes kurzfristige und nicht mit betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu rechtfertigende Margengewinne realisiert werden. Ist die entsprechende Branche im Visier des Preisüberwachers, wird sie vorsichtig sein. Denn nachgewiesenes missbräuchliches Verhalten hat Konsequenzen.

Kurz und gut: Der Einfluss des Preisüberwachers auf die Inflationsrate ist minimal und nur punktuell. Insbesondere dass er kritisch hinschaut, wirkt.

Die Teuerung im Alltag ist kein Durchschnittswert



Michael Kuhn
Leiter Research
comparis.ch

Comparis hat mit der KOF ETH Zürich einen **Konsumentenpreisindex** lanciert. Er widerspiegelt die im Alltag gefühlte Teuerung besser als der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK). Aktuell braucht die Politik diesen Orientierungsrahmen.

Im Juli hat Comparis zum ersten Mal den mit der KOF ETH Zürich entwickelten **→ Konsumentenpreisindex** publiziert. Er wird bis auf Weiteres monatlich aktualisiert und veröffentlicht.

Warum braucht es ein solches Werkzeug? Schliesslich gibt es mit dem Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) bereits ein in Politik und Wirtschaft bewährtes Instrument. Tatsächlich ist der LIK auch das Hauptinstrument der Nationalbank, um die Preisstabilität zu messen.

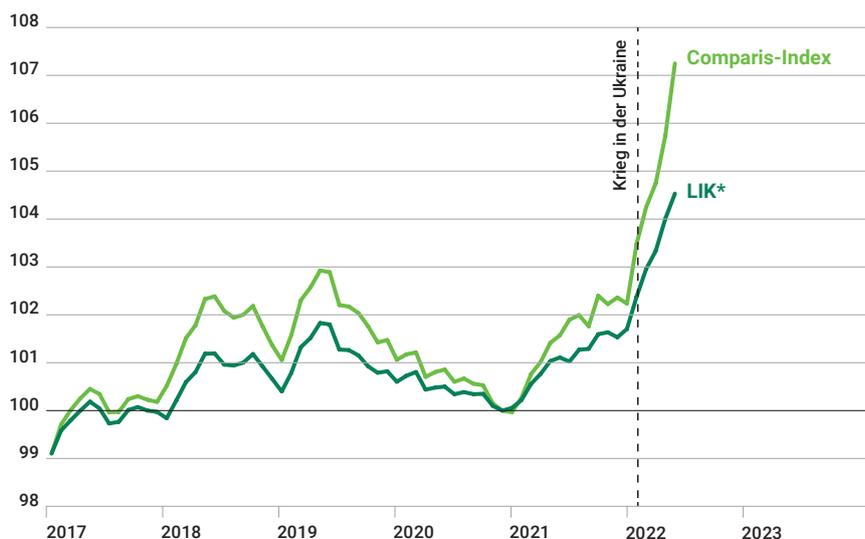
« Der Index bildet die Teuerung so ab, wie sie täglich an der Kasse oder Tankstelle erlebt wird. » Michael Kuhn

Allerdings umfasst der LIK-Warenkorb mit gut 1'050 Waren und Dienstleistungen viele Güter, die nur selten über den Ladentisch gehen oder deren Preise sich nur sehr langsam verändern. Allen voran handelt es sich dabei um dauerhafte Güter – also über einen längeren Zeitraum genutzte Waren wie etwa Waschmaschinen oder Fernsehapparate. Daneben verändern sich die ebenfalls im LIK enthaltenen Preise für Wohnungsmieten als Folge der Kopplung an den Referenzzinssatz nur schleppend.



Comparis-Preisindex v. LIK*

Referenzmonat jeweils Dezember 2020 (entspricht 100 Prozent)



* Landesindex der Konsumentenpreise

Quelle: Comparis-Konsumentenpreisindex in Zusammenarbeit mit der KOF, Konjunkturforschungsstelle der ETH

Die täglich erlebte Teuerung

Der Comparis-Konsumentenpreisindex ist um diese Faktoren bereinigt. Der Warenkorb enthält nur Güter und Dienstleistungen, die regelmässig beansprucht werden. Damit bildet der Index die Teuerung so ab, wie sie die Konsumentinnen und Konsumenten tatsächlich täglich an der Kasse oder Tanksäule erleben. Zudem unterscheidet er auch die Teuerung in den unterschiedlichen Sprachregionen und für verschiedene Haushaltstypen. Der LIK betrachtet demgegenüber nur den Durchschnitt.

Im Juni 2022 wurden gemäss dem Comparis-Konsumentenpreisindex Güter und Dienstleistungen des alltäglichen Gebrauchs gegenüber Mai 2022 satte 1,4 Prozent teurer. Der LIK weist für dieselbe Periode nur ein Plus von 0,5 Prozent aus. Am stärksten gestiegen sind zwischen Mai und Juni 2022 die Preise für «sonstige Dienstleistungen für Individualverkehr» mit einem Plus von 12 Prozent. An zweiter Stelle folgt der Anstieg von Treibstoffpreisen um 7,3 Prozent.

Frühzeitig erkennen, wenn es brodeln

Die aktuelle Weltlage ist so instabil wie schon lange nicht mehr. Entsprechend ist es gerade in der Politik nötig, ernsthafte Stimmungsschwankungen und Trendwenden zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren. Gut die Hälfte der Preise wird nicht frei auf dem Markt gebildet. Ein gewichtiger Anteil besteht aus durch die Politik regulierte Preise (etwa Elektrizität oder Gas). Andere Preise werden durch Absprachen oder technische Normen beeinflusst (etwa Getränke in Cafés). Und wieder andere Preise werden indirekt reguliert wie etwa die Preise für Milch, Fleisch oder Getreide.



Bei den richtigen Bevölkerungsgruppen ansetzen

Ebenso ist es für die Politik zentral, mit Massnahmen bei den richtigen Bevölkerungsgruppen anzusetzen. Ein wichtiges Detail etwa ist: Die höchste Teuerung hatten in den letzten 12 Monaten Paare unter 65 Jahren ohne Kinder. Diese meist doppelt verdienenden Personen fühlen eine Teuerung von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Aber solche Paare ohne Kinder sind nicht notleidend. Sie haben häufig hohe Auslagen für Autos, Motorräder und Reisen. Die gestiegenen Mobilitätskosten schlagen entsprechend durch.

Am wenigsten von der angezogenen Teuerung spürten in den letzten 12 Monaten dagegen Einpersonenhaushalte ab 65 Jahren. Für sie wurde der Alltag «nur» 4,6 Prozent teurer. ✓

die zahl

5,4 Prozent

beträgt die gefühlte Inflation im Juli 2022 verglichen mit dem Vorjahresmonat. Die Zahl ergibt sich aus dem um Mieten und dauerhafte Güter bereinigten Landesindex der Konsumentenpreise (LIK). Über denselben Zeitraum verzeichnet der LIK eine Preiszunahme von lediglich 3,4 Prozent. Weil Mieten und dauerhafte Güter stabiler sind als Energie, ist die tatsächlich wahrgenommene Teuerung höher als der LIK.

comparipedia

Staatliche Eingriffe bei Inflation

Stetig steigende Preise und die Entwertung von Ersparnissen können verheerende Folgen haben. Aufgabe des Staates ist es, diese abzufedern. Doch welche Massnahmen können Staat und Schweizerische Nationalbank (SNB) ergreifen, um einer Inflation entgegenzuwirken?

Einerseits verfügt die SNB über ein geldpolitisches Steuerelement: den Leitzins. Erhöht die SNB den Leitzins, werden Kredite und folglich das in Umlauf gebrachte Geld teurer und die Konsumlaune nimmt ab – die sinkende Nachfrage drückt die Preise. Andererseits kann der Staat durch direkte Eingriffe in die Preisbildung – beispielsweise durch die Festsetzung von Höchstpreisen – den Auswirkungen der Inflation entgegenwirken. Nicht zuletzt können Wirtschaftsbereiche oder Privatpersonen, die besonders stark von den Auswirkungen der Inflation betroffen sind, vom Staat unterstützt werden. Dies kann in Form von Subventionen oder auch durch finanzielle Entlastungen – beispielsweise durch Prämienverbilligungen – erfolgen.



Herausgeber

comparis.ch
Birmensdorferstrasse 108
8003 Zürich

comparis.ch

Reaktionen

media@comparis.ch

Über comparis.ch

Mit über 80 Millionen Besuchen im Jahr zählt comparis.ch zu den meistgenutzten Schweizer Websites. Das Unternehmen vergleicht Tarife und Leistungen von Krankenkassen, Versicherungen, Banken sowie Telecom-Anbietern und bietet das grösste Schweizer Online-Angebot für Autos und Immobilien. Dank umfassender Vergleiche und Bewertungen bringt das Unternehmen Transparenz in den Markt. Dadurch stärkt comparis.ch die Entscheidungskompetenz von Konsumentinnen und Konsumenten. Gegründet 1996 vom Ökonomen Richard Eisler beschäftigt das Unternehmen heute über 175 Mitarbeitende in Zürich.

The logo for comparis.ch features the word 'comparis.ch' in a green, sans-serif font. The letter 'o' is replaced by a green circle containing a white checkmark.